

Betriebsrentner gehen auf die Straße

FRAGEN UND ANTWORTEN Doppelte Beiträge auf Direktversicherungen in Kritik

VON TIBOR PÉZSA

Bundesweit geht am Samstag der Verein der Direktversicherungsgeschädigten auf die Straße, so auch in Kassel, Hannover, Wiesbaden und München. Fragen und Antworten:

Was kritisiert der Verein?

Eine Gesetzesänderung von 2003, die mit den Jahren für immer mehr Menschen schmerzhaft spürbar wird: Weil die Krankenkassen damals wegen hoher Arbeitslosigkeit extrem defizitär waren, beschloss die rot-grüne Koalition unter Kanzler Gerhard Schröder und unter Mitwirkung der Unionsparteien zweierlei: Ab 2004 müssen gesetzlich krankenversicherte Rentner auf ihre Betriebsrenten doppelt Beiträge zur Kranken- und Pflegekasse zahlen, jeweils den Arbeitnehmer- und den Arbeitgeberanteil. Dies galt plötzlich rückwirkend für fast sechs

Millionen Altverträge aus der Zeit vor 2004. Neben dieser „Doppelverbeitragung“ sorgt für Empörung, dass die Gesetzesänderung rückwirkend beschlossen wurde und auch für Versicherte, die gar keine Betriebsrente abgeschlossen hatten, sondern eine Direktversicherung. Sie sind immer dann mit betroffen, wenn der Arbeitgeber vertraglich mit im Boot ist, die Versicherung daher als Betriebsrente gilt.

Warum kocht der Streit gerade jetzt so hoch?

Weil viele Versicherte erst lange nach 2004 ins Rentenalter kamen und nun merken, welche erheblichen Einbußen die Gesetzesänderung von 2004 für sie bedeutet: Mit dem Beitrag zur Pflegeversicherung summieren sich der Arbeitnehmer- und der Arbeitgeberbetrag nämlich für jede betroffene Versicherungspolice auf fast zwanzig Prozent der Auszahlung. Insgesamt

sind laut „Verein für Direktversicherungsgeschädigte“ 6,3 Millionen Menschen betroffen, von denen viele die Rentenphase noch gar nicht erreicht haben.

Was sagen die Gerichte?

Sie bestätigen höchstrichterlich das „Gesundheitsmodernisierungsgesetz“ von 2003. Wenn der politische Wille da ist, kann der Gesetzgeber die beklagte Doppelverbeitragung wieder ändern. Bis dahin ist sie aber geltendes Recht.

Was sagen die Direktversicherungsgeschädigten?

Sie fühlen sich nach Strich und Faden betrogen und machen zunehmend Druck auf die Politik. Für viele geht es ja auch um hohe Summen und ihre Altersvorsorge. Ohnehin drücken die Niedrigzinsen in der Eurozone und die daraus resultierenden Probleme der Lebensversicherer auf die Auszahlungssummen.

Wie reagiert die Politik?

Nachdem vor allem Linke, FDP, Grüne und AfD ein Ende der Doppelverbeitragung forderten, tun dies auch SPD und Union. Ein CDU-Parteitag beschloss im Dezember 2018 gleich ganz ein Ende der Doppelverbeitragung. Die hessische Landesgruppe der SPD-Fraktion im Bundestag hatte schon zuvor gefordert, auf Betriebsrenten wie bei der gesetzlichen Rente nur noch den halben Krankenkassenbeitrag zu erheben und Freibeträge einzuführen. Die Bundeskanzlerin versuchte, die Debatte zu beenden.

Und das nahmen Union und SPD hin?

Nein. Nach Informationen unserer Zeitung verhandeln Union und SPD derzeit intensiv über eine Entlastung der Betroffenen. Zu hören ist aber auch, dass Union und SPD die Sache der Direktversicherungsgeschädigten mit

ihrem Streit über eine Grundrente verbunden haben.

Was könnte da für die Direktversicherungsgeschädigten herauskommen?

Eine Umwandlung der derzeit für alle Betriebsrenten-Police geltenden Freigrenze von 155,75 Euro. Wenn so eine Rente heute auch nur einen Cent darüber liegt, werden auf die ganze Summe Beiträge fällig, also fast zwanzig Prozent weniger. Diese Freigrenze von 155,75 Euro könnte zu einem Freibetrag erklärt werden, auf den grundsätzlich keine Beiträge zu zahlen wären. Das wäre für die Krankenkassen viel billiger als eine generelle Halbierung der Beiträge für alle Betroffenen. Besonders kleinere Betriebsrenten würde ein solcher Freibetrag stärker entlasten als größere.

Der Verein der Direktversicherungsgeschädigten im Internet: <https://dvg-ev.org>

Spanien: Früherer Diktator Franco umgebettet

Madrid – Der spanische Diktator Francisco Franco ist fast 45 Jahre nach seinem Tod aus dem Grab geholt worden. Die streng abgeschirmte Exhumierung des Gewaltherrschers (1892-1975) fand gestern im Mausoleum im „Tal der Gefallenen“ nordwestlich von Madrid statt. Sie wurde

Inhaftierter chinesischer Professor geehrt

Sacharow-Preis des Europaparlaments geht an Ilham Tohti

Straßburg – Das Europaparlament ehrt den inhaftierten chinesisch-uygurischen Wirtschaftswissenschaftler und Regierungskritiker Ilham Tohti mit dem renommierten Sacharow-Preis. Tohti habe sich für ein besseres Verständnis zwischen Uiguren und Han-Chinesen einge-

setzt. Er wurde einen Tag vor seinem 50. Geburtstag bekannt. Tohti stehe für Ausgleich, Dialog und Versöhnung, sagte der außenpolitische Sprecher der Europa-SPD, Dietmar Köster. Dies seien Werte, die auch den europäischen entsprächen und die das Parlament mit der



aber immer auch als chinesischen Patrioten beschrieben, der sein Heimatland liebe. Sein Anwalt argumentierte, Tohtis Aktivitäten hätten völlig im Rahmen der freien Meinungsäußerung gelegen. Tohti wurde „Separatismus“ vorgeworfen. Das ungewöhnlich harsche Urteil im Jahr 2014 habe ihn

Tat“, bringe d fahrung und B und biete weni che.

In der Öffent der 64-Jährige sassa: Er war Finanz- und In ter unter Präsi Chirac, Konz versitätsprofess ter, betätigte als Schriftstelle ist. Bereits im und nach dem französischen Elitehochschul Breton in New ternehmen im Systemanalyse.

Daneben ma Breton Karriere tik, wo er lange chen Rechten im Wahlkamp schließlich Ma stützte. Von Br Wirtschafts- u nister bleiben rem seine War reich lebe „üb hältnisse“, die gende deutlic rung der St dung sowie ei chung des Steu

An der Spitz nehmen Bull u erwarb er sich Sanierers, den des früheren zerns France T zementierte. I Atos, dessen 2008 war, w trächtlich aus.

Einen Make allerdings, den ausmerzen kö keine Frau. Ih der Geschlecl der EU-Kompl Ursalar von de nicht einhalte

ZER